Dialog mit religiösen Vertretern

Hamelns Oberbürgermeister lädt zu Konferenz über Öffnung der Gotteshäuser und Moscheen

Donnerstag 30. April 2020 - **Hameln (wbn). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Bremse gelöst und Hameln reagiert zeitnah.**

Es ist ein großer Einschnitt für alle Gläubigen: Seit Wochen dürfen keine Gottesdienste oder Gebete in Kirche, Moschee oder Synagoge abgehalten werden. Das Bundesverfassungsgericht hat gestern erste Lockerungen in Aussicht gestellt. Oberbürgermeister Claudio Griese lädt deshalb alle Vertreter der Hamelner Glaubensgemeinschaften zur Videokonferenz, um Details für die Regelung in Hameln zu besprechen.

Fortsetzung von Seite 1

Es ist unter Gläubigen eine lang ersehnte Lockerung: Aufgrund des gestrigen Beschlusses des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts besteht die Möglichkeit, auf Antrag im Einzelfall Ausnahmen vom generellen Verbot von Gottesdiensten in Kirchen, Moscheen und Synagogen sowie von Zusammenkünften anderer Glaubensgemeinschaften zur gemeinsamen Religionsausübung zuzulassen.

Heute, am 30. April, sprechen Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten über weitere Lockerungen für die Besuche von Gottesdiensten. Die Details und wie das weitere Vorgehen aussehen kann, möchte Oberbürgermeister Claudio Griese im persönlichen Gespräch mit Vertretern aller Glaubensgemeinschaften aus Hameln besprechen. Natürlich mit genügend Abstand. Deshalb lädt Griese zu einer Videokonferenz am Donnerstag, 7. Mai, ein.

„Es ist mir wichtig, dass wir eine gemeinsame Abstimmung zwischen allen Glaubensgemeinschaften erzielen. Nur so können wir unnötigem Ärger vorbeugen“, begründet

Oberbürgermeister Claudio Griese seine Entscheidung. Die Einschränkungen in Bezug auf die Covid-19-Pandemie beträfen schließlich jeden Gläubigen, jetzt sei Zusammenhalt gefragt.

Transparenz-Hinweis der Redaktion: Dem redaktionell bearbeiteten Text liegt die Mitteilung der Stadt Hameln zugrunde.